

Wahlprogramm Die Linke. Offene Liste zur Kommunalwahl im Kreis Fulda 2021

Präambel

Kommunen finanziell handlungsfähig machen

1.1 Öffentliche Daseinsvorsorge geht uns alle an!

Kommunen leisten einen großen Beitrag zur Daseinsvorsorge, bzw. ist die Kommune der Ort, wo der Sozialstaat praktisch wird. Schulen und Kindertagesstätten, Sport- und Freizeitangebote, Wasserversorgung und vieles mehr gehören zu ihren Aufgaben von denen fast alle Bevölkerungsschichten profitieren. Diese können jedoch nur geleistet werden, wenn ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen. Vor allem in strukturschwachen Gebieten sind diese Finanzmittel nicht vorhanden. Zumindest scheint es so wenn es um Fragen der Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Teilhabe geht. Beispiel hierfür sind die drohende Schließung von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen, Erhöhung der Preise für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und (Teil-) Privatisierung von Leistungen der Gesundheitsversorgung in der Region.

Die den nachfolgenden Forderungen der Linken. Offenen Liste und somit einer solidarischen Kommune gerecht zu werden müssen diese stärker am Gesamtsteueraufkommen beteiligt werden. Klar ist auch dass hierfür eine Umverteilung des Vermögens notwendig ist. Beispielsweise durch eine Börsentransaktionssteuer, Vermögenssteuererhöhung, konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und eine Rücknahme der Steuersenkung für Erbschaften erfolgen.

Also Die Möglichkeit ist da, lasst es uns gemeinsam angehen!

1.2 Wir fordern eine handlungswillige und -fähige Kommune

- Regionale Initiativen zur Verbesserung der kommunalen Finanzen von Bund und Land anstoßen
- Keine PPP-Projekte (Public-Private-Partnership dt.: Beteiligung von privaten Investoren), denn sie dienen langfristig nur den Investoren und schaden den Bürgerinnen
- Daseinsvorsorge muss öffentlich werden und bleiben. Dazu zählen: Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Versorgung mit Gas, Wasser und Strom, ÖPNV, Bereitstellung von Breitbandanbindung, Kultur und Freizeiteinrichtungen, Bildung
- Mehr Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen (z.B. die Schaffung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft)

2 Soziales und Gerechtigkeit

2.1 Arbeit und Wohnen,

Tariffucht und damit verbundener Ausbau des Niedriglohnsektor und prekären Arbeitsbedingungen lehnen wir allgemein ab und kämpfen für eine faire Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen. Auch in

Region Osthessen und Fulda entziehen sich immer mehr Abreiter*innen ihrer Verantwortung der guten Arbeit und guten Löhne für die Beschäftigten.

Die IG Metall hat jüngst in einer Untersuchung festgestellt, dass die Tarifbindung der Metall und Elektroindustrie in Osthessen weit entfernt vom Durchschnitt, teilweise 30% unter dem geltenden Tarifvertrag der Metall und Elektroindustrie liegen.

Doch nicht nur in der Industrie auch in Bereichen wo die Kommune direkten Einfluss darauf hat spielen Arbeitsbedingungen in Ausschreibungen bei öffentlichen Vergabeverfahren keine große Rolle.

Auch die Anzahl der Leiharbeitsfirmen zeigt eine deutliche Schieflage im Landkreis. Selbst große und leistungsfähige vor Ort ansässige Unternehmen rekrutieren 25 Prozent ihrer Arbeitnehmer*Innen über Leiharbeitsfirmen. Selbst die Kommune beauftragt Leiharbeitsfirmen oder haben selbst Leiharbeitsfirmen (ProCommunitas) gegründet. Damit muss Schluss sein.

Hartz IV ist Armut und Demütigung per Gesetz und wird von uns von Grund auf abgelehnt! Die Linke.Offene Liste setzt sich für ein System ohne Sanktionen ein, das den Wert des Menschen gerecht wird und ihn*sie nicht zur Bittsteller*in werden lässt.

In der Folge von prekären Arbeitsbedingungen schlechten Löhnen bleibt ein nicht unwesentlicher Teil der Bevölkerung abgehängt. Wohnen im Stadtgebiet ist ein Privileg der bessergestellten. Die Mieten sind in die Höhe geschossen und die Anzahl der Sozialwohnungen sind dramatisch gefallen. Nebenkosten wie Strom, Gas und Wasser werden immer teuer. Im Kapitalistischen System bedeuten leere Geldbeutel auch gesellschaftlich Isolation, auch ohne Corona.

2.2 Wir fordern ein gutes Leben für Alle

- Tarifbindung in der Region soll durch Handeln der Kommunen gefördert werden. Das bedeutet:
 - o Soziale Aspekte im kommunalen Ausschreibeverfahren an oberste Stelle
 - o Auflösung der ProCommunitas und weiterer Leiharbeitsfirmen mit kommunaler Beteiligung
 - o Keine Beauftragung von Leiharbeitsfirmen bei kommunalen Vergaben
- Wohnen ist ein Menschenrecht
 - o Ein Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Stadt und Landkreis
 - o Kommunale Wohnungsbaugesellschaften
 - o Bei Ausweisung von neuen Wohngebieten: Reservierung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau
 - o Mehr kommunale Förderung zum Bau von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum
 - o Leerstandmanagement und Stärkung der kommunalen Wohnungsämter
 - o Wohnungen für Alle statt Gemeinschaftsunterkünfte

2.3 Teilhabe und Mitbestimmung Aller

Familien mit Kindern, die eine Behinderung haben, erfahren größere Diskriminierungs- und Ausgrenzungsmechanismen. Inklusion und Barrierefreiheit werden nicht ernst genommen. Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen beteiligt werden, denn sie kennen ihre Anliegen am besten. Zusätzlich wird dadurch die Demokratiefähigkeit gefördert.

Die schrittweise Abschaffung der Ausländerbeiräte in Hessen lehnen wir ab. Menschen mit Migrationshintergrund brauchen eine demokratisch legitimierte Vertretung solange sie ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft nicht an den allgemeinen Wahlen teilnehmen dürfen. Das Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund kann nicht durch eine von der Stadt oder Gemeinde ernannte Integrationskommission vertreten werden. Alle Menschen in Landkreis Fulda brauchen eine Stimme!

2.4 Wir fordern Teilhabe, Mitbestimmung

- Teilhabe und Mitbestimmung aller Mitglieder der Bevölkerung
 - o Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderung müssen in ihren Belangen gehört werden und sie müssen mitbestimmen können
 - o Geflüchtete in Fulda müssen auch die Chance bekommen wirklich anzukommen. Integration ist keine Einbahnstraße
- Beachtung der Gesetze und (Bundes-)Sozialgerichtsurteile
- Solidarität statt Hartz IV
 - o Keine Ablehnung von Anträgen auf Arbeitslosengeld II durch eindeutig rechtswidrige Bescheide
 - o Keine überflüssige Nachweispflicht (Mietbescheinigung) gegenüber der Optionskommune und ein tragfähiges, rechtlich korrektes Mietkonzept
 - o Erhöhung der Sätze für die Kosten der Unterbringung auf die Kosten der tatsächlich verfügbaren Sozialwohnungen
 - o Sozialtarife für Museen, Theater, Konzerte, Energie und Wasserversorgung, Schwimmbäder und öffentliche Einrichtungen einführen
 - o keine Strom- und Gassperren durch das Osthessennetz zum Beispiel durch die Gründung eines kommunalen Fonds aus den Ausschüttungen der Rhönenergiebeteiligungen zur Vermeidung von Strom- und Gassperren
- Schaffung und Übernahme von ehemaligen kommunalen Senior*inneneneinrichtungen in öffentliche Hand
- Teilhabe für Alle
 - o Barrierefreiheit sicherstellen
 - o Inklusion ernst nehmen und deren Umsetzung realisieren und dabei immer die Betroffenen fragen, gut gemeint ist meist nicht gut gemacht

- o Kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, bis dahin muss der Nahverkehr billiger werden, z.B. durch Kurzstreckentarife, mehr Jobtickets, Ausweitung Schülertickets
- o Last-Minute-Tickets für sozial Bedürftige, Schüler*innen, Studierende, Auszubildende, Freiwillige (Bundesfreiwilligendienst / Freiwilliges Soziales Jahr) ab 2 Stunden vor Veranstaltungsbeginn bei Konzerten, Theatervorführungen und Events der Stadt Fulda mit Restkarten zu stark vergünstigten Preisen

2.5 Integration von geflüchteten Menschen

Die Ursachen der Flucht müssen bekämpft werden!

Menschen sollten nicht fliehen müssen, denn Jede*r hat ein gutes Leben unabhängig von seiner Heimat, Sprache, Religion und sexuellen Orientierung verdient. Die Ursachen der Flucht müssen bekämpft werden. Das ist die entscheidende Aufgabe, die uns allen zukommt.

Der grundgesetzlich verankerte Schutz der Menschenwürde und das Grundrecht auf Asyl dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Deutschland muss sich für die Auflösung der sogenannten Festung Europa einsetzen, sichere Fluchtwege müssen geschaffen werden und wir müssen alle Kapazitäten nutzen, um Menschen in Not zu retten. Wir dürfen uns damit nicht abfinden, dass innerhalb der Europäischen Union wieder Zäune und Mauern wachsen. Wir wollen kein Europa der kalten Herzen.

Die Fixierung der öffentlichen Debatte auf Restriktionen und Abschreckung von Menschen auf der Flucht geht an den Realitäten vorbei. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung flüchten, müssen um ihr Leben kämpfen. Wir lehnen das hin und her Geschiebe der Verantwortung ab. Die Verantwortung liegt auf allen Ebenen in den Kommunen, im Land, den Bund und in Europa. Durch Taten auf allen Ebenen können wir unserer Verantwortung gerecht werden.

Die gesetzlichen Verschärfungen des Asyl- und Ausländer*innenrechts und Leistungseinschränkungen für Geflüchtete lehnen wir als kurzsichtigen Aktionismus ab. Wir teilen die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine Einschränkung der Gewährleistung des Existenzminimums für alle in Deutschland lebenden Menschen.

2.6 Wir fordern Chancengleichheit für alle Menschen

- Das Unterbringen von Asylbewerber*innen in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist auf Dauer inakzeptabel und unmenschlich. Die Asylverfahren müssen deutlich beschleunigt und vereinfacht werden.
- Wir fordern die dezentrale Unterbringung und keine Gemeinschaftsunterbringung
- Residenzpflicht und Arbeitsverbote für Geflüchtete müssen abgeschafft werden
- Die Arbeitsrechte für Geflüchtete dürfen nicht unterwandert werden. Es darf hier kein Feld entstehen, bei dem der gesetzliche Mindestlohn unterlaufen wird.
- Es braucht eine umfassende und transparente Finanzierung der Kosten für Geflüchtete. Zahlen müssen die Profiteur*innen, die dafür verantwortlich sind, dass die Länder der südlichen Halbkugel ausgelaugt werden, so dass viele Menschen nur die Flucht als Ausweg sehen.
- Keine Einschränkungen bei der Gewährleistung des Existenzminimums für alle Bürger*innen des Landkreises und alle Geflüchteten.

- Die Praxis im Fuldaer Landkreis, dass Bedürftige, ob Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II, Geflüchtete oder andere prekarierte Personengruppen, wegen fehlender bezahlbarer Wohnungen finanziell bestraft werden, muss aufhören.
- Ein halbjähriges Intensivprogramm zum Spracherwerb für Geflüchtete.
- Kindergartenplätze für alle Kinder
- Beschulung aller Kinder in Stadt und Land unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus
- Wahlrecht auf kommunaler Ebene für alle Menschen (ab 16 Jahren) die in Fulda leben

3 Gesundheit und Soziales

3.1 Gesundheit und Pflege auf kommunaler Ebene

Gesundheit ist keine Ware und darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Um die Zweiklassenmedizin in Deutschland zu beenden, wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger in einer gesetzlichen Krankenversicherung (Bürgerversicherung) in der alle und mit allen Einkommen einzahlen. Eine gute medizinische Versorgung für alle Menschen in Deutschland sollte mit einem Rechtsanspruch abgesichert werden.

Wir wenden uns auch auf kommunaler Ebene gegen ungleiche gesundheitliche Versorgung der Patientinnen und Patienten. Wir wollen den Erhalt der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Raum und in der Stadt. Deren Bedarfsplanung muss kleinräumig und an den Bedürfnissen der Menschen (Altersstruktur und Mobilität) ausgerichtet sein. Wir sind für eine bessere und kostenfreie Pflegeversorgung, die nicht von Profitinteressen geleitet ist.

Da wo die Versorgung in Fulda in kommunaler Hand ist, soll sie das auch bleiben. Die Coronapandemie hat zudem klar gezeigt, dass gute Pflege bzw. medizinische Versorgung und Profitgier unterschiedlichen Logiken folgen. Systemrelevant sind hier die professionellen Kräfte des Pflege- und Gesundheitssektor, nicht der*die Aktionär*in oder der*die profitorientierte Manager*in. Applaus ist gut, eine faire Bezahlung ist besser!

3.2 Wir fordern gutes Gesundheitsversorgung in Stadt und Land

- Wir fordern, dass die Privatisierungen im Gesundheitswesen zurückgenommen werden und Krankenhäuser bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Wir wenden uns in der Stadt Fulda und im Landkreis Fulda gegen eine Privatisierung von Kliniken und fordern insbesondere Rücküberführung der Klinikum Fulda gAG Tochtergesellschaften in den städtischen Eigenbetrieb unter Beteiligung des Landkreises. Ein Fallpauschalensystem führt zur chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser in Deutschland. Das Klinikum Fulda muss in öffentlicher Hand bleiben.
- Die Teilprivatisierung einzelner Bereiche (bspw. Service), was demokratische Kontrollmechanismen und Tarifbindungen umgeht, muss rückgängig gemacht werden.
- Übernahme aller Beschäftigten im Klinikum in den Tarif des Öffentlichen Dienstes, kein Outsourcing in Billiglohngesellschaften, Auflösung der vorhandenen outgesourcten Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung und Überführung in Betriebe der öffentlichen Hand mit Arbeitsplatzgarantie.

- Tantiemen für Vorstände und Aufsichtsräte lehnen wir ab. Die erwirtschafteten Gelder sollten in kommunaler Hand bleiben und zurück in das Gesundheitssystem fließen.
- Personelle Aufstockung in der Notaufnahme des Klinikums und im Bereich der Pflege + bindender Personalschlüssel.
- Ambulante und Stationäre Pflege gehört in kommunale Hand.
- Die Stadt bzw. der Kreis muss die Einrichtung von Heimbeiräten ermöglichen, mit Antrags- und Rederecht bei den zuständigen kommunalen Gremien.
- Gewährleistung der flächendeckenden hausärztlichen Versorgung auf dem Land und in den Stadtteilen.
- Kommunale Förderung zur Stärkung von Präventionsmaßnahmen in Bereich Gesundheit
- Keine weiteren Konzessionen für Spielhallen in der Stadt und im Landkreis Fulda, zur Eindämmung von Suchterkrankungen
- Straßenambulanzen und Streetwork, Behandlung ohne Krankenschein
- Die Sozialarbeiter*innen und Streetworker*innen auf Honorarbasis lehnen wir ab. Wir fordern eine Festanstellung für Sozialarbeiter*innen und Streetworker*innen.
- Wir brauchen ausreichende, qualifizierte Angebote an Beratungsstellen und Hilfen für chronisch und psychisch Kranke. Der Zugang zu diesen muss niedrigschwellig und ohne lange Wartezeiten erfolgen.
- Gute Ausbildung bedeutet auch gute Bezahlung. Wir fordern deshalb die Ansiedlung der Ausbildung für therapeutische Berufe am Klinikum und somit am TVÖD.
- Wir fordern aus der Corona-Pandemie zu lernen und für die Zukunft einen verbindlichen Pandemieplan zu entwickeln, welcher die Stadt auf ähnliche zukünftige Ereignisse vorbereitet. Kein Reaktionismus, sondern ein intelligentes Krisenmanagement ist notwendig um die Bevölkerung zu schützen.

4 Bildungspolitik

4.1 Bildung ist ein Menschenrecht

Bildung ist ein Menschenrecht und Grundstein einer jeden demokratischen Gesellschaft, denn nur sie ermöglicht Menschen die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben. Bildung schafft mündige Bürger*innen, welche sich aktiv und positiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen können. Sie fördert sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung eines Landes und seiner Bevölkerung. Aus diesem Grund muss der Zugang zur Bildung allen Menschen unabhängig von deren sozialen, kulturellen und ethnischen Herkunft sowie unabhängig von ihrem sozio-ökonomischen Status, ihrem Geschlecht und/oder körperlichem, psychischem bzw. seelischem Zustand offenstehen.

Kostenlose Bildung von der Kita bis zur Universität, ist daher ein zentraler Bestandteil unseres Wahlprogrammes. Dies beinhaltet auch kostenlose Lehrmittel und PCs sowie Schulspeisung und Schülerbeförderung.

Vor allem seit der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass das Lernen Zuhause ohne technische Geräte kaum mehr möglich ist. Die Kommunen müssen dafür sorgen, dass jede*r Schüler*in die notwendigen technische Mittel (Laptops) erhält. Die Schaffung einer Informationsstelle für alle Bürger*innen ist hierfür ein probates Mittel. Des Weiteren sollen Angebote an den Volkshochschulen geschaffen werden, in denen die Bürger*innen (Lehrer*innen und Eltern, etc.) die Möglichkeit geboten wird, sich hinsichtlich der Nutzung der technischen Geräte schulen zu lassen. Ebenso muss die Schulspeisung und eine am Bedarf angelehnte Schüler*innenbeförderung kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Hochschule, mit mittlerweile fast 10.000 Studierenden, ist Chance und Herausforderung für die Kreis- und Stadtpolitik. Die Studierenden sind Teil der Kreis- und Stadtgesellschaft. Ihre Bedürfnisse nach Wohnen, Kultur, Sport und Teilhabe müssen von der Stadt angemessen berücksichtigt werden. Der Bildungsstandort Fulda weiter ausgebaut und mit angemessenen Konzepten gefördert werden.

4.2 Bildung muss gratis und für alle zugänglich sein

- Wir fordern den zügigen Ausbau der Kindertageseinrichtungen mit kostenlosen Krippenplätzen und kostenlosen Kindergärten, in denen eine qualifizierte Förderung durch ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für alle Altersgruppen ganztägig gewährleistet ist.
- Wir fordern die Überführung Kitas und Krippen in eine kommunale Trägerschaft; insbesondere für Einrichtungen, die bereits in großen Teilen durch die öffentliche Hand finanziert werden.
- Wir wollen den Erhalt von Schulen in der Fläche.
- Kleine Klassen für effizienteres lernen.
- Auskömmliche finanzielle Rahmenbedingungen, ein solider Bauzustand von Schulen sowie tariflich bezahltes Personal (z.B. Hausmeister*in, Reinigungskräfte) sind notwendig.
- Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland hat jedes Kind ein Recht auf gemeinsamen, inklusiven Unterricht. Wir treten für dieses inklusive Bildungssystem ein, das alle entsprechend ihren Fähigkeiten fördert und niemanden benachteiligt.
- Die Stadt Fulda und der Landkreis brauchen endlich integrierte Gesamtschulen. Alle Schulen sind mit einem qualifizierten, pädagogischen Ganztagsangebot auszustatten.
- Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen oder auf Bildungsmessen müssen ein Tabu sein! Kein Werben fürs Sterben!
- Ein Sponsoring von Bildungseinrichtungen durch die Privatwirtschaft lehnen wir generell ab.
- Erweiterung des Angebots subventionierten Wohnraums für Studierende.
- Vereinfachung und Beschleunigung des Bafög-Beantragungsverfahrens nach dem Vorbild anderer Hochschulstädte und ein Schüler*innen-Bafög unabhängig vom Einkommen der Eltern

- Wir fordern die Erhöhung des Begrüßungsgelds auf 250,- € für alle Studierenden der Hochschule Fulda, die sich mit seinem Erstwohnsitz in Fulda anmeldet. Zudem fordern wir eine Verlängerung der Einreichungsfrist.
- Gelder für die Anschaffung neuer Technologien, Digitalisierung und Förderung der Digitalkompetenzen der Lehrkräfte durch bspw. VHS Kurse.

5 Demokratie, Transparenz, Medien

5.1 Bürger*innenbeteiligung für eine lebendige Demokratie

Die Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort müssen wesentlich verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bürger*Innen wesentlich mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten. Dies setzt jedoch Transparenz der öffentlichen Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus.

5.2 Wir fordern eine transparente und beteiligungsorientierte Kommunalpolitik

- Ein kommunales Parlamentsfernsehen – Die Sitzungen der Parlamente sollen live ins Internet gestellt werden und danach im Web abrufbar sein, um mehr Transparenz zu schaffen.
- Eine online Sprechstunde der Amtsträger*Innen und der Fraktionen soll eingeführt werden, bei der die Befragten auftretende und im Voraus gestellte Fragen der Bevölkerung beantworten sollen.
- Vor den Gemeindevertreterversammlungen und Kreistagssitzungen findet eine allgemeine Einwohner*Innen Fragestunde statt.
- Einwohner*Innen erhalten das Recht, die öffentlichen Sitzungen in Bild und Ton zu dokumentieren.
- Alle Einladungen, Tagesordnungen, Protokolle, Sitzungs- und Ausschussvorlagen (soweit sie nicht Persönlichkeitsrechte betreffen) sollen veröffentlicht werden.
- Rede- und Antragsrecht für alle in Ausschüssen.
- Die öffentlichen Bekanntmachungen und Verlautbarungen von Landrat und Kreisausschuss müssen der Bevölkerung digital und/oder barrierefrei zugänglich gemacht werden.
- Fördern der Pressevielfalt.
- Stärkung von Behinderten-, Ausländer*innen-, Heim- und Senior*innen beiräten durch ein eigenes Antrags- und Rederecht an die Parlamente.
- Einrichtung von Jugendparlamenten mit Antrags- und Rederecht.
- Mitglieder in Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen sind der Kontrolle der Kommunalparlamente zu unterstellen und diesen rechenschaftspflichtig.
- Anzeigepflicht und soweit möglich Abgabepflicht der Mandatsträger*Innen von allen Einkünften der durch Gremienbeschluss übertragenen Ämter und Posten.
- Schaffung eines flächendeckenden freien mobilen Zugangs zum Internet in allen Kommunen
- Wir fördern die Erinnerungskultur an die Opfer des Faschismus in Fulda.

6 Verkehrspolitik/ ÖPNV u. Schülerbeförderung

6.1 Mobilität für Teilhabe und aktiver Umweltschutz

Für breite Bevölkerungsschichten bedeutet die Busanbindung Mobilität und Unabhängigkeit. Schüler*innen, Studierende, Berufspendelnde, ältere Menschen, Menschen mit Handicap und solche, die sich keinen PKW leisten können oder wollen, sind auf geregelten, pünktlichen, verfügbaren Bus- und Bahnverkehr angewiesen; sie brauchen Mobilität an jedem Tag und zu allen Zielen, gerade im ländlichen Raum. Neben Öffentlichem Nahverkehr und der Nutzung des PKW muss insbesondere im Stadtgebiet der Anteil von Fahrrad und Fußverkehr an der Mobilität gestärkt und erweitert werden. Wir wollen eine Verkehrswende auch in Stadt und Landkreis Fulda.

6.2 Forderungen:

- Wir wollen eine Aufstockung und Taktverbesserung für das Stadtbusangebot.
- Zusätzliche Busse in den Hauptverkehrszeiten und im Schüler*innenverkehr
- Viele Orte und Einrichtungen der Region sind an Wochenenden und in Schulferienzeiten kaum durch den ÖPNV zu erreichen. Die ÖPNV-Angebote in Stadt und Landkreis sind an das geänderte Freizeitverhalten und an die Arbeitswelt anzupassen.
- Gewerbegebiete müssen durch den ÖPNV für Berufspendelnde erreichbar sein – der Busverkehr ist an die Schichtzeiten der Berufstätigen anzupassen.
- Eine ÖPNV-Anbindung muss verpflichtend sein für entstehende Neubaugebiete
- Der Busverkehr muss, vor allem abends und an Wochenenden, besser mit dem Bahnverkehr abgestimmt werden
- Die sternförmige Gestaltung des Busverkehrs in der Stadt Fulda mit versetzten Abfahrtszeiten der Busse führt zu langen Wartezeiten beim Umsteigen. Zum einen muss hier das System gründlich überdacht werden, zum anderen ist die Ergänzung durch ein Ringsystem, das z.B. Kliniken und die Hochschule besser anbindet, wünschenswert
- mehr Platz in Bussen für Fahrräder, Kinderwagen, Rollatoren und Rollstühle.
- Wiedereinführung des Anrufsammeltaxis (AST) in Petersberg, Künzell und Eichenzell sowie Einrichtung in Hünfeld im Verbund mit dem bestehenden Angebot in Fulda im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit
- Die Beförderung der Schüler*innen muss kostenfrei sein, unabhängig von ihrem Alter. Aus diesem Grund unterstützen wir die Initiative des Landeselternbeirates zur Einführung kostenfreier Schüler*innentickets für den öffentlichen Nahverkehr.
- Wir fordern die Einführung von Auszubildendentickets
- Busse müssen in ausreichender Menge bereitgestellt werden, um eine sichere Beförderung zu gewährleisten. Die Taktung der Schulbusse muss sich an der Lebenswirklichkeit der Schüler*innen orientieren und das Eintreffen und Abfahren der Busse in kürzeren Intervallen erfolgen.

- Vergleichbar mit dem Semesterticket für Fuldaer Studierende muss es ein „Flatrate“-Ticket (rund 20 € im Monat) für die Nutzung des ÖPNV in Stadt- und Landkreis geben, um mehr Menschen von der Nutzung des ÖPNV zu überzeugen
- Wir unterstützen den ICE Halt in Fulda, ebenso wie den Erhalt der Rhönbahn, den Ausbau der Vogelsbergbahn und den viergleisigen Ausbau der Kinzigtalbahn.
- Wir wollen den ÖPNV als öffentliche Daseinsvorsorge in öffentlicher Trägerschaft bewahren.
- Die Parkraumbewirtschaftung in Fulda muss in Gänze als Instrument der Innenstadtentwicklung wieder in die öffentliche Hand überführt werden.
- Wichtige Infrastruktureinrichtungen (Post, Behörden, Bahnhof, Kliniken, Schulen, Hochschule) benötigen ausreichenden Parkraum. Ist dies nicht an Ort und Stelle möglich wird ein Direkt-Shuttlebus vom nächsten öffentlichen Parkhaus eingerichtet.
- Die Nutzung des Fahrrades muss durch den Ausbau des Radwegenetzes gefördert werden
- Nutzer*innen benötigen Abstellplätze mit Abschließmöglichkeiten. Wir fordern Fahrradboxen und überdachte Radhallen an öffentlichen Plätzen und Schulen (etc.).
- An Straßenbaustellen muss auf sichere Führung des Rad- und Fußverkehrs geachtet werden. Gehwege sind bei Baumaßnahmen nicht zu sperren, sondern mit geeigneten Baustellenüberdachungen zu versehen. Parkstreifen zwischen Radstreifen der Fahrbahn und Gehweg sind gefährlich.
- Die Mehrzahl der Wege wird zu Fuß erledigt. Die Fuldaer Innenstadt muss wieder fußgängerfreundlicher werden, dazu gehören verlängerte Grünphasen für den Fußverkehr an Ampeln, verbesserte Pflasterung, verkehrsberuhigte, und wo möglich autofreie Geschäftsbereiche, bauliche Maßnahmen in Kreuzungsbereichen, sowie Tempo 30 in der Innenstadt.
- Wir setzen uns für eine Verlängerung der täglichen Bedienzeiten der Bahnstrecke Fulda-Hünfeld bzw. Hünfeld-Fulda ein. Auch der Gesamtstrecke Kassel-Bad Hersfeld-Hünfeld-Fulda muss die stündliche Bedienung in die Abendstunden ausgeweitet werden und sichere und kostengünstige Verbindung möglich sein.
- Die vorhandenen Bahnstrecken bieten Perspektiven durch den Ausbau neuer Haltepunkte, z.B. Hochschule, Lehnerz, Götzenhof, Haltepunkt Kaiserwiesen, Kerzell, Haltepunkt Herz-Jesu-Krankenhaus, Münsterfeld, Maberzell, Industriegebiet West und weitere mehr.
- Wir wenden uns gegen umweltzerstörende, teure und wenig sinnhafte Verkehrsprojekte wie z.B. den Bau der Bundesstraße 87n durch die hessische Rhön und hoffen, dass es beim Verzicht durch das Land Hessen bleibt. Bislang bleiben Potentiale unerschlossen, obwohl bereits vorhandene Gleise eine schnelle Bahnverbindung nach Thüringen ermöglichen. Zwischen dem bisherigen Endbahnhof Gersfeld und Fladungen ist ein Lückenschluss von nur wenigen Kilometern notwendig. Von Fladungen führen Gleise nach Mellrichstadt und von dort sind es 25 Minuten nach Meiningen. Die Kurstadt Gersfeld, die touristischen Ausflugsziele der Rhön sind dann auch von Süden und Osten schnell erreichbar.
- Wir unterstützen die Planungen aus bayerischen Landkreisen nach einer direkten Schienenverbindung Schweinfurt-Bad Kissingen-Fulda mit Regionalzügen.

7 Natur- und Umweltschutz

7.1 Damit auch die nächsten Generationen in der Region leben können

Wir sind nicht Eigentümer*innen der Erde, sondern sollten ihr sorgsamer Verwalter sein, damit wir unserer Verantwortung für ihren Zustand gegenüber den nachfolgenden Generationen gerecht werden können. Wir treten ein für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Umweltschäden durch den Bergbau müssen durch die Konzerne rückgebaut werden, um Bodenerosionen vorzubeugen. Umweltschäden sind auf Kosten der Firmen zu beseitigen.

7.2 Forderungen:

- Wir unterstützen Bemühungen um regionale Vermarktung von Bio-Lebensmitteln und Produkten, die in der Region hergestellt werden.
- Wir fordern Unterstützung für nachhaltig wirtschaftende Landwirte.
- Wir lehnen die Agro-Gentechnik ab. Wir werden in allen kommunalen Gremien darauf hinwirken.
- Der Truppenübungsplatz mitten im Biosphärenreservat soll renaturiert werden. Aus diesem Grund fordern wir, dass die Stadt und der Landkreis sich für eine solche Renaturierung einsetzt und einsteht.
- Wir fordern die Nutzung von Niederschlagswasser in der Haustechnik, und für Toiletten.
- Gebäudesanierung und ressourcenschonenden Gebäudetechnik sind zu fördern. Einrichtungen, die der Umweltbildung und Beratung dienen sind daher unverzichtbar für die regionale Entwicklung und sollen besonders gefördert werden.
- Wir wollen, dass die Halde des Kaliabbaus rückgebaut und zur Stabilisierung des Bodens in den abgebauten Strecken verfüllt wird. Dadurch entstehen keine Abwässer mehr, die derzeit in die Werra geleitet werden. Den Bau einer Pipeline lehnen wir ab, da sie keine nachhaltige Lösung darstellt und den Versatz der Halden verhindert.
- Wir fordern einen öffentlichen kontrollierten Fond für die Beseitigung von Bergbauschäden der aus den Profiten der Konzerne gespeist wird.
- Wir wollen im Kalibergbau Lösungen, die Arbeitsplätze sichern und die Umwelt schützen.
- Wir unterstützen die Forderungen der Initiative Pro Großenlöder mit ihrem kritischen Blick auf den Kalkabbau unter dem Grundwasserspiegel, Fracking und weiterer Themen.
- Wir wünschen uns analog zum Vorbild der Stadt Fulda auch einen Umweltpreis, der vom Landkreis Fulda vergeben wird. So sollen auch in der Region besondere Verdienste um den Erhalt unserer natürlichen Umwelt ausgezeichnet und damit gefördert werden
- Wir fordern, invasive Pflanzenarten (bspw. Riesen-Bärenklau) im kompletten Landkreis vermehrt zu bekämpfen. Wir fordern die Stadt und den Landkreis auf, in Zusammenarbeit ein flächendeckendes, übergreifendes Konzept für die Bekämpfung von invasiven Arten zu entwickeln und umzusetzen.
- Wir stehen für eine aktive Bekämpfung der hochproblematischen Vermüllung der Naherholungsgebiete durch illegale Abfallentsorgung und fordern eine kontinuierliche Reinigung der Fuldaauen.

- Die Kosten für die Eingriffe zur Planung und Durchführung der Landesgartenschau sollen demokratischer organisiert werden. Die gewählten Gremien müssen über Gesamt- und Einzelplanungen entscheiden. Lediglich die Einrichtung eines Beirates, der nur zu bereits feststehenden Entscheidungen informiert wird, genügt nicht.
- Die verplanten bzw. eingesetzten Steuergelder sollen und müssen vorab transparent gemacht und die Einwohner*innen der Stadt und des Landkreises an dem Prozess beteiligt werden.
- Wir unterstützen die NABU-Petition, die sich gegen eine übertriebene, touristisch ausgelegte Nutzung der Auenregion einsetzt.
- Der Klimawandel wird tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen. Schon jetzt sind viele Wälder vom Wassermangel und der Dauerhitze geschädigt. Wir fordern eine Überprüfung der Waldbestände im Landkreis, ein Konzept für die nachhaltige Wiederaufforstung sowie die Entwicklung eines nachhaltigen Klimakonzepts für die Region.

8 Energiepolitik

8.1 Globale Aufgaben regional bewältigen

Energieversorgung, Wasserver- und Abwasserentsorgung sind öffentliche Aufgaben und müssen öffentliche Leistungen bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht privatisiert werden.

Wir sind für den Ausstieg aus der Atomenergie, sowie für die schnellstmögliche, mittelfristige Abschaltung der Kohlekraftwerke. Wir wollen eine dezentrale Energiewende, deren Wertschöpfung in der Region verbleibt.

8.2 Nachhaltige Energiewirtschaft in der Region

- Wir lehnen neue Stromtrassen wie Südlink ab, denn wir
- Wir sind für die Nutzung der Windenergie in unserer Region, wir fordern daher ein bürgernahes Ausbaukonzept. Dazu müssen insbesondere sowohl die Anzahl, Standorte, Abstände zu Wohngebieten und auch die Höhe der Windkraftanlagen in Bürgerversammlungen abgestimmt werden.
- Wir befürworten den Ausbau von erneuerbaren, nachhaltigen Energien und lehnen Profitinteressen in diesem Kontext ab. Die Grundversorgung mit Strom und Energie muss langfristig und nachhaltig gewährleistet sein. Dies ist nur mit erneuerbaren Energien möglich.
- Wir unterstützen den Protest gegen die Windkraftausbauplanung der schwarz/grünen Landesregierung, da diese nur Profitinteressen dient.
- Wir fordern ein regionales Energiekonzept. Ziel soll die Selbstversorgung der Kommunen mit Energie sein.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien im Privaten muss gefördert werden und nicht durch bürokratische Prozesse erschwert. Mieter*innen in Häusern mit erneuerbaren Energien müssen unmittelbar daran teilhaben können. Es muss eine Mietpreissenkung geben für Gebäude die schlecht ausgebaut sind und deshalb keine Kostenersparnisse möglich sind.

- Stadt und Landkreis müssen darauf drängen, dass regional mehr Energie erzeugt wird und mehr Dachflächen öffentlicher Gebäude für die Kommune selbst oder für Solaranlagen in Bürgerhand zur Verfügung gestellt werden.
- Wir wollen ein kreisweites Förderkonzept für erneuerbare Energien, insbesondere für Energiespeicher und den Ausbau von kleinen Photovoltaikanlagen.
- Wir unterstützen das Tempolimit 30 auf allen kommunalen Straßen der Stadt Fulda.
- Wir fordern finanzielle Zuschüsse für den Bau von Solardächern, den Umstieg auf Elektrogeräte der jeweils höchsten Energieeffizienz, den Ersatz eines KFZ durch ein E-Bike,
- den Umstieg auf Elektrogeräte der jeweils höchsten Energieeffizienzklasse mit einem Betrag von 100€ zu unterstützen.
- Wir wollen, dass das Anlegen von Obstbäumen und Streuobstwiesen unterstützt wird. Es soll eine starke Baumschutzsatzung verabschiedet werden.
- Wir fordern eine Energieberatung durch zertifizierte Energieberater*innen, bei der die Stadt Kostenanteile übernimmt.
- Wir fordern den zügigen Ausbau des Radverkehrs. Es soll eine Verdoppelung des Radverkehrsanteil innerhalb der nächsten 5 Jahre erreicht werden.
- Wir wollen mehr verkehrsberuhigte Zonen in der Innenstadt. Sie vermindern den Verkehr und verbessern die Aufenthaltsqualität für Bürger*innen der Stadt.
- Wir fordern einen Bezug von Strom ausschließlich aus erneuerbaren Energien. Durch die Eigentümerschaft der Stadt Fulda wird Einfluss auf die RhönEnergie Fulda genommen, damit schnellstmöglich sämtliche Beteiligungen an Kohle- und Gaswerken abgestoßen werden.
- Wir wollen einen Ideenwettbewerb für alle Bürger*innen, um viele weitere Maßnahmen für einen verbesserten Klimaschutz in Fulda zu erhalten.

9 Frieden und Antirassismus

9.1 Nie wieder!

Die Linke ist als Teil der Friedensbewegung gegen militärische Rüstung und internationale Kriegseinsätze. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der Kommune.

Rassismus ist leider keine Seltenheit und findet sich auch in den Behörden wie die andauernden Skandale um die hessische Polizei zeigen. Rassismus muss in all seinen Formen bekämpft werden und darf keinen Platz in unserer Gesellschaft finden, denn es richtet sich gegen ein menschliches Zusammenleben.

Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir, auch in lokalen überparteilichen Bündnissen, den öffentlichen Raum gegen ihre Bestrebungen. Es braucht ein Förderprogramm von Stadt und Landkreis, um durch ein vielfältiges Angebot auch an Schulen und in den Behörden über Rassismus aufzuklären.

Wir treten ein für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit vor Ort und die Erforschung lokaler NS-Vergangenheit.

Wir gedenken der Todesopfer von NSU und anderer rechtsextremer Strukturen in der Region und unterstützen antirassistische und antifaschistische Aktivitäten ihnen in den Kommunen ein ehrendes Gedenken einzurichten (z.B. Gedenktafeln, Straßenbenennungen). Der Mord am Blumenhändler Enver Simsek, der in Fulda arbeitete, bildete im Jahr 2000 den Auftakt der NSU Mordserie. Ein Jahr später wurde Dorit Botts in der Fuldaer Florengasse von einem Nazi ermordet. Der ermordete ehemalige Regierungspräsident Walter Lübcke studierte in Fulda.

9.2 Wir fordern: Keinen Fußbreit den Rassist*innen und eine Friedenspolitik die den Namen auch verdient!

- Beendigung der Patenschaft mit dem Minenjagdboot „Fulda“
- Keine Kooperationen mit militärischen Verbänden keine Werbe-Auftritte der Bundeswehr in öffentlichen Bildungseinrichtungen und Berufsbildungsmessen in Fulda und um Landkreis
- Förderung von (lokalen) Friedensbündnissen wie den Fuldaer Ostermarsch
- Schließung des Truppenübungsplatzes Wildflecken und allen militärischen Einrichtungen im Landkreis
- Die bestehenden Städtepartnerschaften müssen mit Leben gefüllt werden. Wir wollen, dass hierzu verstärkt persönliche Kontakte für die internationale Verständigung genutzt werden.
- Unterstützung antirassistischer Initiativen und Bündnisse
 - o Finanzielle Mittel zur kommunalen Prävention, insbesondere durch eine verbesserte Aufklärungsarbeit
 - o Finanzielle Förderung von antirassistischen Projekten, insbesondere in Schulen und Betrieben
- Flächendeckende Förderprogramme zur Aufklärung über Rassismus an Schulen und Behörden des Landkreises Fulda
- Eine stärkere Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte, insbesondere an Schulen
- Wir fordern eine unabhängige Antirassismus- und Antidiskriminierungs-Stellen
- Angebote zu Förderung von Empowerment
- Wir brauchen einen Aktionsplan gegen Rassismus
- mehr Deutschkurse mit Kinderbetreuung von Anfang an